
Peter Seideneck

Vertiefung oder Erweiterung?

Zu aktuellen Problemen der europäischen Gewerkschaftspolitik

Peter Seideneck, geb. 1941 in Bielefeld, Ausbildung als Journalist, Referent für Europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand (1976-79; 1988-93), Leiter der Büros H.O. Vetter (1979-83), ist Berater des EGB-Generalsekretärs in Brüssel.

In diesem Jahr begeht der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) den 20. Jahrestag seines Bestehens. Am Ende dieses Jahres wird das gemeinsame Haus der europäischen Gewerkschaften fertiggestellt, das dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), dem EGB und seinen Instituten sowie einer Reihe Europäischer Gewerkschaftsausschüsse Platz bieten wird. Standort: Brüssel, geplant in der Hochzeit des Status quo, vollendet mitten im Umbruch Europas.

Die alten Koordinaten haben ihre Gültigkeit verloren, neue haben sich kaum eingestellt. Die Bipolarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist dabei sich aufzulösen, vom kommunistischen Weltgewerkschaftsbund (WGB) existieren nur noch kaum überlebensfähige Reste, alte Bindungen lösen sich auf, neue stellen sich nur zögernd ein. Die Schlichtformel „Westen übernimmt Osten“ beantwortet auf einfache Weise eine Inschrift an der Leipziger Universität, von der zu hoffen ist, daß sie noch nicht dem Ost-West-Anpassungsprozeß zum Opfer gefallen ist: „Der Kapitalismus hat nicht gesiegt. Er ist übriggeblieben.“

Die Entwicklungen und Ereignisse der letzten Jahre belegen eindrucksvoll, wie sehr die Auflösung des Status quo nicht nur einen Teil Europas, sondern das Ganze berührt. Auch die Bauzeichnung für die westeuropäische Integration bedarf einiger Korrekturen. Der Zusammenbruch eines in sich geschlossenen politischen und wirtschaftlichen Systems ist wesentliche Ursache für die Krise der Europäischen Gemeinschaft, die mehr und mehr vor die Frage gestellt wird, ob das bisherige - auch unter den Bedingungen des Status quo entstandene - Integrationskonzept aufrechterhalten werden kann und ob nicht die in den letzten Jahren immer wieder gestellte Frage nach einer „Vertiefung oder Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft“ schon eine Frage von gestern ist. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ist ein europäischer Krieg, die Mißachtung der Menschenrechte im Kosovo ist ein internationales Problem und der Neuaufbau der Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme in Ost- und Mitteleuropa liegt objektiv auch im Interesse der EG und ihrer Mitgliedstaaten, denn ohne eine erkennbare ökonomische Perspektive haben die Staaten Osteuropas keine soziale und keine demokratische Zukunft. Der dann drohende Rückfall in autoritäre „Lösungen“ und in neo-nationalistische Ideologien hätte DeStabilisierungen in allen Teilen Europas zur Folge. Daß die gemeinsamen ökonomischen Interessen der Mitgliedsländer nicht unbedingt kräftiger sind als die nationalen, hat die jüngste Währungskrise eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Bei zahlreichen Nachbarn Deutschlands stellt sich der durchaus begründete Eindruck ein, man solle an der Finanzierung der deutschen Einheit über die Maßen beteiligt werden und müsse sich einem deutschen Diktat beugen.

Manche Politiker, wie der Präsident der französischen Nationalversammlung Philippe Seguin (Gaullist) und sein Landsmann Jean-Pierre Chevenement (Ex-Verteidigungsminister und heute unabhängiger Sozialist), ziehen aus der aktuellen europäischen Entwicklung den Schluß, das Ziel der Europäischen

Union sei verfehlt, der Vertrag von Maastricht müsse noch vor seiner Ratifizierung ad acta gelegt werden. Zwei wesentliche Gründe jedoch sind es, die eine Beschleunigung der europäischen Integration mit dem Ziel einer Politischen Union geboten erscheinen lassen:

1. Für die Staaten Ost- und Mitteleuropas ist die Europäische Gemeinschaft ein politisches, soziales und wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das ihnen eine Perspektive geben kann.
2. Ohne den Einsatz der wirtschaftlichen Potentiale der Europäischen Gemeinschaft sind die Probleme Ost- und Mitteleuropas nicht lösbar.

Eine Aufgabe des Ziels der europäischen Integration und die Reduzierung dieses Projektes auf eine große Freihandelszone, so die Vision der britischen Konservativen, hätte eine weiterführende politische und soziale Destabilisierung in allen Teilen Europas zur Folge. Deshalb darf das Ziel der Integration nicht aufgegeben, sondern muß beschleunigt verwirklicht werden, vor allem, um so die politische und soziale Dimension der europäischen Politik voranzutreiben. Die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit ist Voraussetzung für die Erweiterungsfähigkeit. Eine wirklich funktionierende Politische Union hätte einige europäische Staaten - auch Deutschland - daran gehindert, Jugoslawienpolitik auf eigene Rechnung zu betreiben, und wäre möglicherweise in der Lage gewesen, die Kraft zu einer rechtzeitigen vermittelnden und stabilisierenden Intervention in diesem Teil Europas aufzubringen.

Die europäischen Gewerkschaften haben über den EGB trotz einer Reihe von schwerwiegenden Einwänden - vor allem im Hinblick auf seinen sozialen Gehalt - den Maastrichter Vertrag akzeptiert. Heute tritt der EGB für eine vorgezogene Verhandlungsrunde der Regierungen mit dem Ziel einer beschleunigten Verwirklichung der Politischen Union und einer weiteren, überzeugenden Stärkung der parlamentarischen Komponente ein.

Für eine gewerkschaftliche Realpolitik in Osteuropa

In der internationalen gewerkschaftlichen Diskussion über den „richtigen“ Weg zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Osteuropas wirkt der Status quo nach. Er artikuliert sich vor allem in einer Konfrontation über die Frage, ob die Nachfolgeorganisationen der Staats- und Parteigewerkschaften des kommunistischen Systems den Willen und die Fähigkeit zu demokratischen Reformen haben und ob sie deshalb Partner in der Zusammenarbeit und schließlich Mitglieder in den internationalen Zusammenschlüssen der demokratischen Gewerkschaften sein können.

Ganz unabhängig davon, daß sich eine pauschale Beantwortung dieser Frage aufgrund ganz unterschiedlicher Entwicklungen verbietet, sollen im folgenden vereinfacht die in dieser Debatte eingenommenen Standpunkte dargestellt werden:

1. Einen — jedenfalls theoretisch — rigorosen Standpunkt vertritt der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO. Er hält an seiner Überzeugung fest,

daß die „alten“ (im folgenden als Nachfolgeorganisationen bezeichneten) Gewerkschaften nicht in der Lage sind, ihre zentralistischen und undemokratischen Strukturen zu überwinden. Deshalb müsse alles getan werden, um neue, alternative Organisationen zu fördern. Im großen und ganzen folgt die Hilfspolitik der AFL-CIO dieser Logik. Ihr Free Trade Union Institute setzt die ihm zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel in diesem Sinne in Ost- und Mitteleuropa, aber auch im asiatischen Teil der ehemaligen UdSSR ein.

2. Demgegenüber steht eine Position, die von den österreichischen, teilweise von den skandinavischen und deutschen Gewerkschaften vertreten wird. Sie geht davon aus, daß es keine wirkliche Alternative zu einer demokratischen Reform der alten Strukturen und zu einem schrittweisen Übergang gibt. Tatsache sei, daß nach wie vor die weitaus größte Zahl der Arbeitnehmer ihre Mitgliedschaft in den Nachfolgeorganisationen aufrechterhalte und daß man deshalb die Hilfspotentiale darauf verwenden solle, diesen Organisationen bei ihrer „Perestroika“ zur Seite zu stehen. Neue und alternative Organisationen seien zu schwach, sie seien oftmals eher politisch als gewerkschaftlich ausgerichtet und trügen objektiv zu einer Schwächung der angesichts der massiven sozialen Probleme erforderlichen gewerkschaftlichen Geschlossenheit bei. Diese Logik hat auf der Branchenebene zu einer großen Zahl von Neuaufnahmen von Nachfolgeorganisationen, aber auch von neuen Gewerkschaften in die internationalen Berufssekretariate geführt.

3. Eine eher pragmatische Haltung nimmt eine dritte Gruppe von Gewerkschaften ein, zu der u. a. die italienischen Bünde, die französische CFDT, aber auch der DGB zählen. Diese Position schließt weder die Möglichkeit einer Reform der Nachfolgeorganisationen noch die Entwicklungsmöglichkeiten neuer Gewerkschaften aus und orientiert an dieser Maxime seine unterstützenden Projekte.

Diesen Grundpositionen sollen einige Anmerkungen hinzugefügt werden, die das Ergebnis einer Vielzahl von Gesprächen und Beobachtungen in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern sind.

Ein wesentliches Problem für die Gewerkschaften dieser Länder und gleichzeitig auch ein Indikator für die Erneuerungsfähigkeit der Nachfolgeorganisationen ist der Umgang mit dem „Altvermögen“. Dieses Vermögen stellt aufgrund der Funktionszuweisungen an die Staats- und Parteigewerkschaften ein beträchtliches Volumen dar, an dem die Gewerkschaftshäuser nur den kleineren Teil ausmachen. In einigen Fällen verleitet dieses Vermögen dazu, seine Verwaltung und „Optimierung“ zu einem zentralen Gegenstand „gewerkschaftlicher“ Politik zu machen, Firmen auszugründen und das Einkommen von Funktionären sicherzustellen. Das führt zu einer Verfestigung alter Strukturen und steht einer demokratischen, auf Mitgliederinteressen ausgerichteten Reform im Wege. Diese Erscheinungen sind vor allem in den Nachfolgestaaten der UdSSR, in Serbien und in Polen (OPZZ) an der Tagesordnung. In Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Kroatien hingegen sind

zwischen den Nachfolgeorganisationen und den neuen Gewerkschaften einvernehmliche Formeln (teilweise durch Vermittlung von EGB und IBFG) gefunden worden, die das Vermögen proportional aufgeteilt und so eine Voraussetzung für eine sachgerechte Verwendung geschaffen haben. In jedem Fall ist eine schnelle und transparente Neuwidmung und Verteilung des Altvermögens erforderlich, soll es nicht wie Ballast auf dem angestrebten Erneuerungsprozeß lasten.

Niemanden kann es überraschen, daß sich als Reflex auf eine jahrzehntelange Monolithie auch im gewerkschaftlichen Bereich ein teilweise weitverzweigter Differenzierungsprozeß ergeben hat, der auf manche westeuropäische Beobachter wie ein gewerkschaftlicher Selbsterstörungsprozeß wirkt. Doch vor voreiligen Schlußfolgerungen sei gewarnt, denn sowohl im politischen wie auch im gewerkschaftlichen Bereich zeigt sich, daß neue demokratische Formen über Neugründungen, Spaltungen und Konflikte herausgebildet werden. Von dieser Übergangsphase ist auch die gewerkschaftliche Entwicklung nicht ausgenommen.

Auch wenn - was nicht bestritten werden soll - manche gewerkschaftliche Neugründung kein langes Leben haben wird und eher externer Unterstützung als einer eigenen sozialen Basis ihre Existenz verdankt, so sind doch die wichtigsten alternativen Gewerkschaften durchaus lebensfähig, weil sie über eine hinreichende soziale Basis und über eine Qualität verfügen, ohne deren Einfluß eine demokratische Erneuerung der Nachfolgeorganisationen der alten Gewerkschaften nicht denkbar ist. Die neuen Gewerkschaften sind „Stachel im Fleisch des alten Apparates“, der über ein zähes Leben verfügt und sich in den keineswegs überwundenen alten Beziehungsstrukturen in Politik und Wirtschaft festsetzt. Objektiv schließlich sind die neuen Gewerkschaften oft Bündnispartner der tatsächlichen Reformkräfte in den Nachfolgeorganisationen der alten Gewerkschaften.

Im Vergleich zu den noch völlig unüberschaubaren parteipolitischen Strukturen ist die Situation auf der Gewerkschaftsseite durchaus positiv zu bewerten (in der Ukraine bestehen derzeit zwölf gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, von denen allein die neuen - und noch mitgliederschwachen - zusammen über mehr Mitglieder verfügen als alle 37 politischen Parteien). Wie groß das gesellschaftliche Gewicht der Gewerkschaften ist, untermauern auch die Ergebnisse der Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung in Ungarn, an denen sich - trotz erheblicher Hindernisse und Schikanen seitens der ungarischen Regierung - 40 Prozent aller Wahlberechtigten beteiligten, doppelt so viel wie an den letzten Nachwahlen zum ungarischen Parlament. Der Aufbau demokratischer Gesellschaften verläuft ganz entscheidend über die freie Artikulation von Interessen und die Formierung von Interessengruppen. Vor diesem Hintergrund ist eine entschiedene Erhöhung der nationalen und internationalen öffentlichen Mittel für die Unterstützung der Reformen von Gewerkschaften und für den Aufbau neuer Gewerkschaften geboten. Auch die deutschen politischen Stiftungen sollten diese Entwicklung

zum Anlaß nehmen, in besserer Abstimmung mit den Gewerkschaften und mit verbesserter Kompetenz ihre Arbeit zu überprüfen.

Wenn man akzeptiert, daß in Osteuropa die gewerkschaftliche Demokratisierung in fast allen Fällen Organisationspluralismus zur Voraussetzung hat, dann ist eine ausgewogene und qualitativen Umständen Rechnung tragende Unterstützungspolitik geboten. Eine solche Politik muß auch berücksichtigen, daß die Nachfolgeorganisationen wegen ihres in zahlreichen Ländern noch bestehenden Monopols bei der Distribution von Sozialleistungen aller Art und wegen ihres privilegierten Zugangs zum Altvermögen einen erheblichen materiellen Wettbewerbsvorteil aufweisen, der zunächst nicht das Ergebnis von auf freiwilliger Basis erworbener Mitgliederstärke ist. Kein Geheimnis ist es im übrigen auch, daß durch das Zusammenspiel alter Kader in Wirtschaft und Gewerkschaft in zahlreichen Fällen Mitglieder neuer Gewerkschaften unter Druck gesetzt werden und somit die Mitgliedschaft in alternativen Gewerkschaften sehr oft Ausdruck einer klaren gewerkschaftlichen Überzeugung ist.

Die gewerkschaftliche Landschaft in Ost- und Mitteleuropa ist noch nicht stabilisiert. Am Ende werden weder alte Seilschaften, politische Parteien oder externe Einflüsse über den Charakter der Gewerkschaftsbewegungen dieser Länder entscheiden, sondern die Interessenlage der Arbeitnehmer im Verlaufe des konfliktreichen und widersprüchlichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsprozesses.

Von der internationalen Gewerkschaftsbewegung und ihren nationalen Komponenten muß erwartet werden, daß sie diese Entwicklung solidarisch begleitet, ihre eigenen divergenten Anschauungen nicht auf dem Rücken der osteuropäischen Gewerkschaftsentwicklungen austrägt und nicht den Ehrgeiz entwickelt, ihre eigenen „Modelle“ auf dem Wege der „geldwerten Einflußnahme“ zu übertragen. Die faktische Kontroverse zwischen dem amerikanischen Gewerkschaftsbund und der Mehrheit der Europäer, der natürlich die Koordinierungsfähigkeit des IBFG schwächt und somit einer optimalen Nutzung der angesichts der Probleme sehr knappen internationalen Ressourcen im Wege steht, wird durch die Realität eingeholt werden. Der Druck der Probleme erzwingt in sichtbar steigendem Maße eine Zusammenarbeit zwischen den Nachfolgeorganisationen und den neuen Gewerkschaften. In Rumänien schlossen sich beide „Lager“ im Juni auf einem gemeinsamen Kongreß zusammen, in Ungarn sind die Beziehungen zwischen den sechs Konföderationen konstruktiv und keineswegs feindselig, in Bulgarien arbeiten die Nachfolgeorganisation und die neuen Gewerkschaften fallweise zusammen. Vieles spricht dafür, daß es in der jetzigen Phase zwischen beiden Komponenten sowohl Konkurrenz wie auch ein komplementäres Verhältnis gibt.

Daß sich auch die amerikanische Betrachtungsweise an Realitäten orientiert, belegt ein Interview von Robert Gabor, einem der wichtigsten Mitteleuropaberater des Präsidenten der AFL-CIO, Lane Kirkland, das er am 7. August

1993 der liberalen ungarischen Tageszeitung „Magyar Hirlap“ gab. Nachdem Gabor noch einmal die Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaften für die neuen Organisationen (vor allem LIGA) bekräftigte und die Grundzüge der Politik seiner Organisation erläuterte, antwortete er auf die Frage nach den Beziehungen zu MSZOSZ, der sich reformierenden Nachfolgeorganisation des alten Bundes SZOT: „Gleichzeitig ist es eine Tatsache, daß die Verteilung des SZOT-Vermögens gerecht geschehen ist, und es ist auch eine Tatsache, daß die westeuropäischen Gewerkschaften den MSZOSZ anerkennen. Im Oktober besucht wieder eine IBFG-Delegation Budapest, um die Lage zu studieren, weil die Aufnahme der ungarischen Gewerkschaften im Dezember auf der Tagesordnung der IBFG-Exekutive steht.“ Gabor geht weiter davon aus, daß der IBFG den MSZOSZ als auch die LIGA gleichzeitig aufnehmen wird.

Es wäre sicherlich eine überzogene Interpretation, nun von einer radikalen Kehrtwendung der amerikanischen internationalen Gewerkschaftspolitik zu sprechen, aber u. a. das ungarische Beispiel deutet auf eine modifizierte und realitätsgeprägte Politik der AFL-CIO hin. Im Interesse der osteuropäischen Gewerkschaften hegt es ganz zweifellos, wenn Europäer und Amerikaner zu mehr Koordinierung und Zusammenarbeit finden könnten. Weder die Fixierung auf die Anerkennung der Nachfolgeorganisationen noch auf die ausschließliche Unterstützung der neuen Gewerkschaften werden den komplizierten sozialen und politischen Verhältnissen in Osteuropa gerecht. Eine differenzierte Betrachtung und ein Minimum an Interventionismus, verbunden mit dem Respekt vor einer eigenständigen gewerkschaftlichen Entwicklung, sollten oberstes Gebot der Osteuropapolitik der demokratischen Gewerkschaftsbewegung sein.

EGB: Nicht Paternalismus, sondern Partnerschaft

Dem Europäischen Gewerkschaftsbund kommt bei der Gestaltung der gewerkschaftlichen Ost-West-Beziehungen eine besondere Rolle zu. Per Satzung und Programm hat er den Auftrag, die Interessen der europäischen Gewerkschaften im Prozeß der europäischen Integration gebündelt zu vertreten. Bei seiner Gründung kam es zu einer kontroversen Debatte über die Frage, ob ihm nur Bünde aus Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft oder auch aus anderen europäischen Ländern angehören sollten. Die Befürworter der „kleineuropäischen Lösung“, zu denen damals auch der DGB zählte, unterlagen, so daß auch Bünde aus den Mitgliedsländern der EFTA Zugang in den EGB fanden. Dies und zwei weitere Öffnungen sind in der veränderten europäischen Situation von Bedeutung: Während der Vorläufer des EGB, der Europäische Bund Freier Gewerkschaften, de facto eine europäische Regionalorganisation des IBFG war, vereinte der EGB Mitgliedsgewerkschaften des IBFG und des christlich-sozialen Weltverbandes der Arbeit (WVA). In einer späteren Phase konnten sich die italienische CGIL (die mittlerweile dem IBFG angehört) und die spanischen CC.OO. (Arbeiterkommissionen) dem EGB anschließen.

Verstärkt im Zentrum der Politik des EGB steht die Koordinierung der gewerkschaftlichen Politik im Hinblick auf die europäische Integration, wobei seit dem Luxemburger Kongreß 1991 die vom EGB anerkannten Zusammenschlüsse der Branchengewerkschaften (Europäische Gewerkschaftsausschüsse) Mitglieder des EGB sind und im Rahmen der neuen Dimensionen der EG-Entwicklung eine große Rolle im EGB einnehmen (Europäische Betriebsräte, sektoraler Sozialdialog).

Fast alle Länder Ost- und Mitteleuropas verhandeln mit der Europäischen Gemeinschaft über Assoziierungen mit dem unmittelbaren Ziel besserer Marktzugänge und engerer wirtschaftlicher und politischer Beziehungen. Erklärtes Ziel ist dabei die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Sechs Länder (Polen, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien und Rumänien) haben bereits „Europaverträge“ paraphiert. Verhandlungen mit anderen osteuropäischen Ländern (Rußland, Ukraine, Weißrußland) werden, verbunden mit erheblichen Schwierigkeiten, geführt. Die Europäische Gemeinschaft hat zur Unterstützung des wirtschaftlichen und politischen Neuaufbaus in Ost- und Mitteleuropa eine Reihe von Programmen aufgelegt, von denen insbesondere die Programme PHARE und PHARE-Demokratie als Hilfestellung bei der wirtschaftlichen und politischen Restrukturierung von unmittelbarem Interesse für die Gewerkschaften in allen Teilen Europas sind, denn sie ermöglichen die Entwicklung gemeinsamer Projekte.

Vor diesem Hintergrund ist der politische Auftrag des Europäischen Gewerkschaftsbundes klar: Er muß den Partnergewerkschaften in Osteuropa helfen, kompetent die Interessen ihrer Mitglieder im Rahmen der Annäherung der EG und der osteuropäischen Länder vertreten zu können. Der Informations- und Konsultationsbedarf ist erheblich. Auf beiden Seiten besteht ein dringender und wachsender Bedarf an kontinuierlichen Informationen über soziale, ökonomische und politische Entwicklungen. Das Engagement westeuropäischen Kapitals in Osteuropa, die West-Ost-Wanderungsbewegung, industriepolitische Probleme und Standortkonkurrenzen, ökologische Fragen und nicht zuletzt das weite Feld von Sozial- und Lohndumping in Europa verlangen Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse. Dazu bedarf es einer Kooperation, die sich nicht von den Gepflogenheiten „gewerkschaftlicher Diplomatie“ leiten läßt, sondern problemorientiert, konkret und unzeremoniell geprägt ist. Gefragt ist nicht der Transport von Modellen und Lösungsschemen von West nach Ost, sondern die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen über den Weg einer soliden Information über die tatsächliche Lage auf der jeweils „anderen Seite“.

Die Zusammenarbeit zwischen dem EGB und seinen Partnern im Rahmen eines seit drei Jahren bestehenden Europäischen Gewerkschaftsforums (an dem fast alle Gewerkschaften Osteuropas mit Ausnahme der Gewerkschaften der Nachfolgestaaten der UdSSR beteiligt sind) bedarf einer Überprüfung und Verbesserung. Das Forum war bislang eine (durchaus wichtige) Begeg-

nungs- und Dialogplattform. Doch die bisherige Praxis repräsentativer Großveranstaltungen kann nicht mehr aufrechterhalten werden, weil sie weder thematisch noch methodisch den differenzierten Ansprüchen der Zusammenarbeit genügt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Aufgabe eines gewissen Brüsseler „Zentralismus“, der den EGB in die Rolle des „Gebers“ (bei Verwendung öffentlicher europäischer Mittel) und die Gewerkschaften Osteuropas in die unangenehme Rolle des „Nehmers“ gedrängt hat. Zwar entspricht diese „Kultur der Zusammenarbeit“ durchaus gängigen Mustern, keinesfalls aber der Tatsache, daß es bei der Ost-West-Zusammenarbeit der Gewerkschaften auch um die Wahrnehmung von Interessen geht und um den Versuch, mögliche Interessenkonflikte (z. B. in der Frage der Arbeitskräftewanderung von Ost nach West) durch die Entwicklung gemeinsamer Standpunkte zu überwinden.

Eine veränderte Arbeitsstruktur des Forums muß diesem Umstand Rechnung tragen und eine gleichberechtigte und organisierte Zusammenarbeit ermöglichen. Dazu bedarf es einer ost-west-integrierten Übergangsstruktur, die - immer im Zusammenhang mit den Beziehungen der osteuropäischen Länder zur EG — vor allem die folgenden Aufgaben wahrzunehmen hat: Informationstransfer in beide Richtungen, Entwicklung gemeinsamer Projekte zur Nutzung der Programme der Europäischen Gemeinschaft, Vermittlung von Konsultationen sowie von Kontakten in beide Richtungen.

Nicht erstrangig ist dabei die Antwort auf die Frage nach der Mitgliedschaft ost- und mitteleuropäischer Gewerkschaften im EGB. Der EGB ist bislang einen sehr vorsichtigen Weg gegangen. Die polnische „Solidarnosc“ und der (bis Dezember formal noch bestehende) tschechoslowakische Dachverband CS-KOS verfügen über einen Beobachterstatus, der gerade mit Blick auf die Entwicklung in Osteuropa auf dem 1991er Kongreß eingeführt wurde und der die - auch meinungsbeeinflussende - Beteiligung an allen Aktivitäten des EGB erlaubt.

Nach einer Entscheidung des IBFG über die Mitgliedschaft ungarischer Gewerkschaften kann auch mit einer Erweiterung des EGB gerechnet werden. Sowohl die noch nicht geklärte gewerkschaftliche Lage in Osteuropa wie auch die Pflege enger Beziehungen zu den beiden dem EGB verbundenen Internationalen IBFG und WVA erlangen eine behutsame Aufnahmepolitik seitens des EGB. Einige osteuropäische Gewerkschaften (vor allem Nachfolgeorganisationen) lassen erkennen, daß ihnen in erster Linie an einer Mitgliedschaft im EGB, weniger aber im IBFG, hegt. Nicht von der Hand zu weisen ist der Verdacht, daß sich hinter dieser Haltung durchaus die strategische Absicht verbergen könnte, den EGB zu einer Art „Ersatzinternationalen“ zu machen und ihn zu einem Sammelbecken international weiter nicht gebundener Organisationen werden zu lassen. Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse der internationalen Gewerkschaftsbewegung hegen und würde Sand in das Getriebe der Zusammenarbeit zwischen dem EGB und den Internationalen streuen.

Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang allerdings die Politik des WVA in Osteuropa, die tendenziell die Strömung der unabhängigen Gewerkschaften schwächt. In Ungarn führt der WVA Aufnahmeverhandlungen mit dem Bund der Arbeiterräte, die offenbar kurz vor dem Abschluß stehen. Die Folge dieser Politik wird das Scheitern der vorsichtigen Annäherung von „Arbeiterräten“ und LIGA sein, die zusammen gut 20 Prozent der ungarischen Gewerkschaftsbewegung ausmachen. Eine voreilige Festlegung auf eine internationale Mitgliedschaft schwächt die Perspektive der alternativen Gewerkschaftsbewegung in Ungarn, weil er Fusionen erheblich erschwert und für absehbare Zeit sogar ausschließt. Ähnlich operiert der WVA in der Ukraine, einem Land, in dem die gewerkschaftliche Lage noch weit weniger geklärt ist als in Ungarn: Hier wurde bereits der Gewerkschaftsbund VOST aufgenommen mit der Folge, daß VOST sich nun zum Kern der neuen ukrainischen Gewerkschaftsbewegung erklärt, was von den Realitäten weit entfernt ist. Nicht die Übertragung der Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf Ost- und Mitteleuropa und eine damit verbundene verschärfte und angesichts der Weltprobleme anachronistische Spannung zwischen den beiden Internationalen (die man euphemistisch als „gewisse Verschlechterung des Klimas“ bezeichnen könnte) entspricht den Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung, sondern ein Höchstmaß an offener Zusammenarbeit.